

Keine Diskussion über die Israel-Fahne

Mit einer knappen Mehrheit hat der Stadtrat beschlossen, sich nicht mit der Frage zu befassen, ob die Beflaggung am Rathaus noch angemessen ist

VON WINFRIED VENNEMANN

ANSBACH - Seit Oktober 2023 hängt eine israelische Flagge am Rathaus - aus Solidarität mit den Opfern des Hamas-Attentats. Jetzt lag dem Stadtrat ein Antrag von sechs Stadträten vor, die bezweifeln, dass das angesichts des Kriegs in Gaza und im Libanon noch angemessen ist. Doch eine knappe Mehrheit entschied sich dafür, sich inhaltlich nicht mit dem Thema zu befassen.

Die Stadträte Dr. Markus Bucka, Hannes Hüttinger (beide BAP), Hans-Jürgen Eif, Dr. Paul Kupser (beide Freie Wähler/Die Ansbacher) sowie Boris-André Meyer und Milan Schildbach (beide Offene Linke Ansbach, OLA) wollten die Beflaggung städtischer Dienstgebäude beschränken. Vor allem das Dauerhissen der israelischen Flagge berge „die Gefahr gesellschaftlicher Spaltung“. Sie mache die Opfer des Hamas-Massakers am 7. Oktober 2023 und die rund 40.000 getöteten Zivilisten in Gaza und im Libanon zu „Opfern erster und zweiter Klasse“.

„Angelegenheit, die routinemäßig ist“

Doch bevor die Debatte am Mittwochabend im Gremium beginnen konnte, brachte die Verwaltung den Vorschlag eines „Nichtbefassungsbeschlusses“ ein. Tenor: Bei der Beflaggung städtischer Dienstgebäude handele es sich um eine „laufende Angelegenheit, die routinemäßig ist“ und laut Paragraph 37 der Gemeindeordnung in die Zuständigkeit des Oberbürgermeisters falle. Der Stadtrat möge deshalb beschließen, sich nicht inhaltlich mit dem Thema zu befassen. In der folgenden Debatte unterband der OB jegliche Versuche von Stadträten, inhaltlich zu diskutieren: „Jetzt geht es erst einmal um das Thema, ob man sich damit inhaltlich befassen will. Lassen Sie doch das Haus entscheiden.“ Das Haus, der Stadtrat, entschied sich



Die israelische Flagge weht seit Ende Oktober 2023 mit Trauerflor aus Solidarität mit den Opfern des Hamas-Überfalls am Rathaus. Archivfoto: Winfried Vennemann

mit 18 zu 16 Stimmen gegen eine Diskussion um das Für oder Wider der Israel-Flagge am Rathaus.

Die Diskussion fand dann am gestrigen Donnerstag statt, als viele Fraktionen - auch der Oberbürgermeister - ihre Sicht der Dinge in Pressemitteilungen, persönlichen Erklärungen oder offenen Briefen gegenüber der FLZ-Redaktion darstellten.

Die CSU-Fraktion verwies auf den Anschlag der Hamas, bei dem 1200 Menschen getötet und rund 5000 verletzt wurden. „Es stellt sich allerdings die Frage, ob es tatsächlich richtig wäre, diese Barbarei unbeantwortet zu lassen.“ Für Israel als einzigem demokratischen Rechts-

staat in der Region sei „ein entschlossenes Zur-Wehr-Setzen gegen alle Angriffe zwangsläufig für das eigene Überleben“. Es gehe bei der Solidarität mit Israel nicht um eine Kategorisierung der Opfer erster und zweiter Klasse, „es geht um die klare Feststellung, dass die Terroristen der Hamas die Verantwortlichen für alle Opfer in der Folge des 7. Oktober 2023 sind“. Bei manchen Menschen, die das Schicksal der Zivilbevölkerung in Gaza bewege, schwinde „eine ordentliche Portion Antisemitismus mit“ und es werde wieder hoffähig, Juden in Deutschland anzuzeigen, zu bedrohen und zu attackieren. Dem müsse man entschlossen entgegen-treten.

Die Stadträte Dr. Paul Kupser, Hans-Jürgen Eif (beide FW/Ansbacher) und Dr. Markus Bucka (BAP) baten den OB in einem offenen Brief um „mehr emphatische Sensibilität“ bei der Flaggenfrage. Die Bekämpfung der Hamas sei ein legitimes Ziel, rechtfertige aber auf Dauer nicht die hohe Zahl ziviler Opfer. „Selbst die Verbündeten Israels, ja sogar viele Bürger Israels verurteilen das unmenschliche Vorgehen der Regierung Netanjahu“, heißt es in dem Brief weiter. Und: „Nicht jede Kritik an der israelischen Regierung ist antisemitisch.“

Oberbürgermeister Thomas Deffner (CSU) schreibt in einer persönlichen Erklärung gegenüber der FLZ,

der 7. Oktober 2023 sei eine Zäsur für die Menschen in Israel und für die Juden in aller Welt. Er bedeute auch „einen tiefen Einschnitt für das Miteinander hier bei uns“. Viele Juden zweifelten an einer Zukunft in Deutschland. „Nie wieder Judenhass in Deutschland“ - auf diesem Versprechen gründe das Land. Wenn Holocaust-Gedenktage oder Stolpersteine keine leeren Worthülsen sein sollten, „dann müssen wir in diesen Zeiten im wahren Sinne Flagge zeigen“. Er könne die Beklemmungen jüdischer Mitbürger auch aus persönlichem Erleben nachvollziehen, so Deffner. In den 24 Stunden vor der Abstimmung im Stadtrat habe man versucht, „mich durch eine E-Mail-Kampagne einzuschüchtern“.

Schwache Argumente des OB?

Die OLA-Fraktion ihrerseits warf OB Deffner „Selbstgerechtigkeit“ vor, die „der Demokratie einen Bärendienst“ leiste, heißt es in einer Pressemitteilung. Fraktions-Chef Boris-André Meyer erklärte: „Wenn die Angst des Stadtoberhauptes vor einer Debatte so groß ist, müssen seine Argumente schwach sein.“ Es sei offenkundig, dass die Ansbacher das Thema diskutierten. Laut OLA hätte eine Debatte im Stadtrat „ein Beispiel demokratischer Diskussionskultur zu einem gesellschaftspolitisch ebenso relevanten wie schwierigen Thema werden können“.

Die Grünen-Fraktion machte in ihrer Presseerklärung deutlich, dass sie, obwohl sie die Stoßrichtung der sechs Antragsteller ablehnt, das Verhalten des Oberbürgermeisters für falsch hält: „Wir wollten uns als Stadträte und Stadträtinnen nicht entmündigen lassen.“ Deshalb stellte die Fraktion den Antrag, dass beim Beflaggen der Dienstgebäude im Einzelfall auch der Stadtrat entscheiden kann. Dieser Antrag sei dann aber nach der Mehrheit für eine Nichtbefassung nicht mehr behandelt worden.

Kommentar

Chance vertan

Es soll hier ausdrücklich nicht um das Für oder Wider einer Beflaggung des Rathauses mit einer israelischen Fahne gehen, sondern um die Frage, wie wir in unserer Demokratie miteinander umgehen. Die Debatte darum im Stadtrat durch den Verweis auf die Gemeindeordnung und eine knappe Mehrheitsentscheidung abzuwürgen, hat eine Chance vertan.

Die Chance, sich seiner eigenen Haltung im Bezug auf die Solidarität mit Israel zu vergewissern und abzuklopfen, wie viel die Sonntagsreden zum Shoah-Gedenktag wert sind.

In der Debatte fiel tatsächlich der Satz, der Stadtrat sei kein politisches Gremium. Ja was denn sonst? In der Stadtgesellschaft wird angesichts der Geschehnisse im Nahen Osten seit Wochen über das Handeln der israelischen Regierung diskutiert, und der Stadtrat sollte das Spiegelbild dieser Stadtgesellschaft sein. Ich bin mir sicher: Hätte OB



VON WINFRIED VENNEMANN

Deffner eine Diskussion und eine Abstimmung zugelassen, Israels Fahne würde weiter am Rathaus wehen.